

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
CÉLINE CARO
KATHRIN JEHL

8. Juni 2009

Europawahlen in Frankreich: Sieg der UMP, historischer Re- kord der Grünen

Eine Woche vor der Wahl interessierte sich laut einer Umfrage weniger als die Hälfte (44%) der Franzosen für die Europawahlen¹. Der Wahlkampf kam nicht richtig in Schwung, zumal alle Parteien ihre Kampagnen sehr spät begonnen und erst ein paar Wochen vor dem 7. Juni ihre Wahlprogramme veröffentlicht hatten. Wie bereits befürchtet, lag die Stimmenthaltung in Frankreich bei 60,2 % und erreichte damit einen neuen Höchststand (2004: 57,4%). Die Wahlbeteiligung lag somit bei 39,8%. Gewinner der Europawahl ist die Regierungspartei UMP, die 28% der abgegebenen Stimmen (2004: 16,64%) auf sich vereinen konnte und somit landesweit die stärkste Partei wurde. Zum ersten Mal seit 1984 gelingt es damit einer Regierungspartei bei den Europawahlen das beste Wahlergebnis einzufahren. Die sozialistische Partei (16,8%) und die zentristische Opposition (8,5%), die die Wähler dazu aufgerufen hatten, Staatspräsident Nicolas Sarkozy aufgrund seiner Reform-Agenda und seiner Behandlung der Finanz- und Wirtschaftskrise einen Denkkzettel zu verpassen, verfehlen vollkommen ihr Wahlziel. Die Grünen hingegen erreichen ein historisches Rekordergebnis (16,2%).

Wahlmodalitäten

Auf der Basis des Vertrags von Nizza wird Frankreich dieses Jahr 72 Abgeordnete in das Europaparlament nach Straßburg entsenden – 6 weniger als noch vor fünf Jahren. Die Wahl selbst läuft über Landeslisten ab, da im Jahr 2002 der bisherige nationale Wahlkreis in acht regionale Wahlbezirke geteilt wurde². Der damalige Premierminister Raffarin und der ehemalige Staatspräsident Chirac erklärten diesen Schritt mit der Notwendigkeit, die Distanz zwischen den Abgeordneten des europäischen Parlaments und ihren Wählern in Frankreich zu verringern.

Landesweit kandidierten 160 Listen für die Europawahlen – durchschnittlich 20 pro Wahlbezirk. Nur sieben Parteien waren aber in der Lage, in allen acht regionalen Wahlbezirken Kandidaten zu nominieren: die konservative Regierungspartei Union pour un mouvement populaire (UMP), die sozialistische Partei (PS), die zentristische Partei Mouvement démocratique (MoDem), das ökologische Bündnis Europe Ecologie, die europafeindliche Gruppierung Libertas, die grüne Liste Alliance écologiste indépendante und die Liste Europe Démocratie Esperanto.

Die wichtigsten links- und rechtsextremistischen Listen – u.a. die Front de Gauche (darunter die kommunistische Partei), der trotzkistische Nouveau parti anticapitaliste (NPA) oder die nationalistische und ausländerfeindliche Front national (FN) – waren bis auf die Überseege-

¹ Vgl. Umfrage TNS/Sofres/Logica für Le Monde, France 2, France 3 und France Inter.

² Die acht regionalen Wahlbezirke sind: Nordwesten (10 Abgeordnete), Westen (9), Osten (9), Südosten (13), Südwesten (10), Zentralmassiv-Zentrum (5), Ile-de-France (13), Überseegebiete (3).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
CÉLINE CARO
KATHRIN JEHLÉ

8. Juni 2009

bierte in den sieben Wahlbezirken des Mutterlandes vertreten. Die restlichen Listen wurden zumeist von Parteien mit regionalen Forderungen (Euskadi European, Bretagne en Europe) oder von in der Öffentlichkeit unbekanntenen Gruppen mit Ein-Punkt-Programmen aufgestellt.

Wahlkampf und Wahlergebnisse

Das wichtigste politische Duell der Europawahlen spielte sich zwischen den beiden großen Parteien Frankreichs, der UMP und der PS, ab. Parallel dazu lieferten sich die Zentristen und die Grünen ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den dritten Platz. Im linksextremistischen Parteienspektrum versuchten zwei Listen die Fünfprozenthürde zu überspringen, während sich im rechten Lager die europafeindlichen Parteien FN und Libertas Wählerstimmen streitig machten.

Überblick über die vorläufigen Ergebnisse der Europawahlen für Frankreich

Partei	Ergebnisse 2009 <small>(in Prozent der abgegebenen Stimmen)</small>	Anzahl der erworbenen Sitze 2009	Ergebnisse 2004 <small>(in Prozent der abgegebenen Stimmen)</small>	Anzahl der erworbenen Sitze 2004
UMP	28	30	16,64	17
PS	16,8	14	28,9	31
Europe Ecologie	16,2	14	7,69 <small>(damals Verts)</small>	6
MoDem	8,5	6	11,96 <small>(damals UDF)</small>	11
FN	6,5	3	9,81	7
Front de Gauche	6,3	4	5,25 <small>(damals PCF)</small>	2
Libertas	4,8	1	8,84 <small>(damals MPF / CPNT)</small>	3
NPA	4,8	0	1,35 <small>(damals LO/LCR)</small>	1
Andere	8,1	0	9,56	0
Gesamt- ergebnis	100	72	100	78

Quelle: Europäisches Parlament ; Tagespresse

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
CÉLINE CARO
KATHRIN JEHLÉ

Die **Regierungspartei UMP** geht als Hauptsieger aus den Europawahlen hervor: sie erhielt landesweit die meisten Stimmen (**28%**) und konnte zudem, mit einem **Zuwachs** von **11,36** Prozentpunkten im Vergleich zu 2004, ihr Ergebnis deutlicher verbessern als alle anderen Parteien.

8. Juni 2009

Im Wahlkampf baute die UMP auf die aktive Unterstützung von Nicolas Sarkozy, der mit seiner Europarede am 5. Mai in Nîmes die UMP-Wahlkampagne einläutete. Er betonte in den letzten Wochen sein Engagement für Europa immer wieder, so auch in der in Frankreich viel beachteten gemeinsamen Erklärung mit Angela Merkel am 31. Mai, worin sich beide „für eine starke EU“ einsetzten³.

Die UMP stützte sich ebenfalls auf den anerkannten Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 sowie auf die aktive Rolle der französischen Regierung im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise und des G20-Gipfeltreffens. Sie konnte ebenfalls den Erfahrungsschatz des ehemaligen Europa- und Außenministers sowie EU-Kommissars Michel Barnier einbringen, der mit Augenmass und Energie als Spitzenkandidat der UMP den Wahlkampf führte. Neben ihm als noch amtierender Landwirtschaftsminister und Justizministerin Rachida Dati, die beide gemäß den Regelungen des Wahlgesetzes in den nächsten Tagen ihr Ministeramt niederlegen werden, entsendet die UMP 30 Abgeordnete nach Straßburg –13 mehr als noch vor fünf Jahren.

Parti Socialiste (PS)

Ihr Ergebnis der letzten Europawahl (28,9%) konnte die **größte französische Oppositionspartei** nicht wiederholen, obwohl sie, wie vor fünf Jahren, einen überwiegend innenpolitischen Wahlkampf gegen die Politik des Staatspräsidenten und die Reformen der Regierung führte. **Nur 16,8 % der Wähler** unterstützten diese Strategie und den Kampf gegen ein „liberales Europa“. Die Partei muss 17 Sitze im Europaparlament abgeben und wird somit nur noch 14 Mandatsträger in der PSE-Fraktion stellen.

Somit sind die Verluste der PS wesentlich größer als erwartet. Das Ergebnis gilt als Rückschlag für die Sozialisten und als Beweis dafür, dass es der PS seit 2007 nicht gelang, ihre anhaltenden inneren Spaltungen und Schwierigkeiten zu überwinden. In erster Linie wird deshalb Martine Aubry, die vor wenigen Monaten neu gewählte Vorsitzende der PS, in ihrer Position geschwächt.

Für die Sozialistische Partei werden in der Wahlperiode 2009-2014 erneut u.a. Harlem Désir, Catherine Trautmann, Vincent Peillon, und Stéphane Le Foll ins Europaparlament einziehen. Benoît Hamon, Pressesprecher der PS, scheiterte hingegen an der Fünfprozenthürde und verpasste somit die Chance sein Mandat erneuern zu können.

Europe Ecologie

Das grüne Wahlbündnis konnte sich nach einer wochenlangen offenen Konfrontation mit dem MoDem letztendlich durchsetzen und wurde somit landesweit die **drittstärkste Kraft in Frankreich** – eine Premiere in der Geschichte der Bewegung der Grünen sowie eine große Überraschung für das gesamte politische Spektrum. Europe Ecologie konnte im Vergleich zur letzten Europawahl rund 8,5 Prozentpunkte zulegen und mit ihren nunmehr stolzen

³ Vgl. Angela Merkel, Nicolas Sarkozy, „10 Thesen für eine starke EU“, *Welt am Sonntag*, 31.05.2009.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF

CÉLINE CARO

KATHRIN JEHL

8. Juni 2009

16,2% die Anzahl ihrer Europaabgeordneten mehr als verdoppeln: Waren es 2004 noch 6 französische Grüne, so werden dieses Jahr **14 Abgeordnete** ins Europaparlament einziehen.

Unter der Führung des Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit, der durch die Elf-Aquitaine-Schmiergeldaffäre berühmt gewordenen Untersuchungsrichterin Eva Joly und dem Globalisierungsgegner José Bové – alle drei sehr medienwirksame Persönlichkeiten – konnte dieses Wahlbündnis im Wahlkampf viel Aufmerksamkeit auf sich lenken. Darüber hinaus hatten, angesichts des globalen Klimawandels und der aktuellen Befürchtungen über die Energiesicherheit in Europa, Umweltthemen noch mehr Chancen als sonst, bei einer Europawahl eine wichtige Rolle zu spielen.

Im Europaparlament werden die französischen Grünen fortan 14 Abgeordnete stellen, u. a. Daniel Cohn-Bendit, Eva Joly und José Bové.

Mouvement démocrate (MoDem)

Die „demokratische Bewegung“ (MoDem) des Präsidentschaftskandidaten von 2007, François Bayrou, positionierte sich im Europawahlkampf 2009 erneut als „Bewegung der Mitte“ und als Alternative zu den großen etablierten Parteien UMP und PS. Diese Strategie war zunächst Erfolg versprechend, da das MoDem mit rund 13% der Stimmen in vielen Umfragen als drittstärkste politische Kraft in Frankreich gehandelt wurde. Wenige Tage vor der Wahl schrumpfte der Vorsprung des MoDem jedoch zugunsten der Grünen – eine Tendenz, die die Wahl bestätigte: Mit **8,5% der Stimmen** verwiesen die Wähler **das MoDem auf den vierten Rang**. Dementsprechend wird die Partei mit **6 Europaabgeordneten** 5 Mandatsträger weniger stellen als noch 2004. Dieses Ergebnis enttäuschte die hohen Erwartungen des MoDem und schwächt in erster Linie seinen Präsidenten, François Bayrou, der bei dieser Wahl zwar nicht kandidierte, jedoch weiterhin darauf abzielt, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen Nicolas Sarkozys wichtigster Gegenkandidat zu werden.

Die Erfolge Bayrous bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2007 (18,5%) schürten innerhalb der etablierten Parteien Sorgen um den Verlust ihrer traditionellen Wählerschaft. Nach der Niederlage bei den Europawahlen scheint die Partei Bayrous in der französischen Parteienlandschaft jedoch an Bedeutung zu verlieren. In Anbetracht der schwachen Ergebnisse der Sozialisten bleibt es aber abzuwarten, ob anlässlich der Regionalwahlen 2010 und der Präsidentschaftswahlen 2012 eine Koalition zwischen dem MoDem und der PS angestrebt wird.

Das MoDem werden u.a. Marielle de Sarnez (Wiederwahl) sowie die Europaexpertin Sylvie Goulard und der Ex-Grüne Jean-Luc Bennahmias (Wiederwahl nach Parteiwechsel) im neuen Europaparlament vertreten.

Linksextremistisches Lager

Die Wählerschaft der extremen Linke verteilte ihre Stimmen auf drei stark konkurrierende Parteien: **Front de Gauche**, die **6,3%** der Stimmen erhielt, Nouveau Parti Anticapitaliste (4,8%) und Lutte Ouvrière (1,2%). Nur die Front de gauche scheiterte nicht an der Fünfprozenthürde und wird 4 Abgeordnete nach Straßburg entsenden.

An der Spitze der Linksfrente (Front de Gauche) steht Jean-Luc Mélenchon, ehemaliges Mitglied der PS und Vorsitzender der Parti de Gauche, die mit der Kommunistischen Partei (PCF) ein Wahlbündnis eingegangen ist. Seine Strategie bestand darin, ein Sammelbecken für die extreme Linke in Frankreich aufzubauen – ähnlich dem deutschen Beispiel „der Linken“ – um damit jene Wähler zu mobilisieren, die mit der Politik der PS unzufrieden sind.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
CÉLINE CARO
KATHRIN JEHLÉ

Auch im rechten Lager standen mehrere europafeindliche Listen miteinander in Konkurrenz, vor allem die **Front national** und die französische Liste von Libertas, die jeweils **6,5%** und **4,8%** der Stimmen auf sich vereinen konnten. In der neuen Legislaturperiode werden sie mit 3 bzw. einem Abgeordneten im Europaparlament vertreten sein.

8. Juni 2009

Enttäuscht vom Ergebnis der FN dürfte vor allem Jean-Marie Le Pen sein: die Partei verliert im Vergleich zu 2004 vier Mandate. Die Europawahlen bestätigen den langsamen Niedergang der FN, der sich seit 2002 abzeichnet (dazu trägt auch das hohe Alter seines charismatischen Vorsitzenden bei – Le Pen wird dieses Jahr 81 Jahre alt). Le Pen selbst gelang es zwar, wiedergewählt zu werden, als „Dienstältester“ wird er aber nicht die Ehre haben, die Eröffnungssitzung des Europäischen Parlaments am 14. Juli zu leiten: um dies zu verhindern, wurde vor kurzem die Geschäftsordnung durch einen gemeinsamen Änderungsantrag der SPE- und EVP/ED-Fraktionen modifiziert.

Libertas bestand in Frankreich aus einer gemeinsamen Wahlliste der Parteien Mouvement pour la France (Bewegung für Frankreich, MPF) und Chasse pêche nature et tradition (Jagd, Fischerei, Natur und Tradition, CPNT), die ein „supranationales“ Europa ablehnen und wirtschaftsprotektionistische Maßnahmen befürworten. Der Spitzenkandidat von Libertas, Philippe de Villiers (MPF), errang als einziges Mitglied der Wahlliste ein Mandat.

Einschätzungen zu Enthaltung und Wahlverhalten

Auch in Frankreich war die Wahlbeteiligung mit **39,8%** noch niedriger als 2004. Verschiedene Thesen werden von Wahlforschern und Medien angeführt, um dieses Phänomen der Europawahlen zu erklären. Dabei stehen insbesondere vier Kernpunkte im Zentrum der Debatte.

Undurchsichtiges Europa – Viele Wähler sind nicht ausreichend über die Machtbefugnisse der Europaabgeordneten sowie über die politische Ausrichtung der Fraktionen im Europaparlament informiert. Darüber hinaus betrachten die meisten Bürger die politischen Entscheidungen der europäischen Institutionen weiterhin als zu kompliziert, zu bürokratisch und zu realitätsfern. Aus diesem Grund werden die Europawahlen als „Wahlen zweiter Ordnung“ wahrgenommen.

Wahlkampf ohne „Europa“ – In Frankreich fiel der Startschuss für den Wahlkampf besonders spät, ca. 3 Wochen vor dem 7. Juni. Ferner mangelte es den Wahlkampagnen an Präsenz in der Öffentlichkeit. So wurden beispielsweise kaum Wahlplakate aufgestellt. Dies liegt zum Teil daran, dass es innerhalb der französischen Parteien weiterhin widersprüchliche Haltungen zu Europa gibt, auch wenn es sich dabei nur noch um die Modalitäten der europäischen Integration handelt und nicht mehr wie einst, um eine Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern der EU. So rückte z.B. die Diskussion um einen EU-Beitritt der Türkei im Wahlkampf weitgehend in den Hintergrund. Manche Parteien vermieden dazu klare Stellungnahmen, um inneren Spaltungen keinen Nährboden zu liefern. In diesem Zusammenhang richteten viele Parteien einen Großteil ihres Programms an innenpolitischen Forderungen aus und erweckten somit den Eindruck, dass europapolitische Fragen zweitrangig seien.

Europawahlen ohne Gesichter – Die Abschaffung der Landeslisten im Jahr 2002 führte dazu, dass viele Spitzenkandidaten zwar eine starke lokale Verankerung aufweisen konnten, auf nationaler Ebene in der Öffentlichkeit aber weitgehend unbekannt blieben. Aufgrund ihres Mangels an Erfahrung sowie der zunehmend desinteressierten Medien hatten diese Kandidaten dementsprechend große Schwierigkeiten, den Bürgern die europäische Union näher zu bringen und ihnen die Relevanz des Europaparlaments zu verdeutlichen. Dass Spitzenpoliti-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
CÉLINE CARO
KATHRIN JEHLÉ

8. Juni 2009

ker mit einer Kandidatur bei den Europawahlen aus Paris „weggelobt“ wurden, trug ebenfalls dazu bei, den Wählern ein negatives Bild des Europaparlaments zu vermitteln.

Ein Europa ohne Bürger – Die französischen Bürger hatten 2005 den Verfassungsvertrag mehrheitlich abgelehnt. Dass nur drei Jahre später der Reformvertrag von Lissabon ohne einen Volksentscheid ratifiziert wurde, hat bei manchen Wählern sicherlich den Eindruck hinterlassen, dass sich die Politiker über das Ergebnis des Referendums hinweggesetzt haben und der Urnengang anlässlich der Europawahlen 2009 jeglicher Notwendigkeit entbehrt.

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Auch in Frankreich lassen sich allgemeine europäische Tendenzen beobachten: Die politische Mitte, d.h. die UMP, geht als stärkste Kraft aus der Wahl hervor und sichert sich somit mit einem erhöhten Ergebnis erneut das Vertrauen der Wähler. Die Sozialisten hingegen gelten als die großen Verlierer dieser Wahl, zumal es ihnen angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht gelang, mit ihrer Kritik an einem „liberalen Europa“ Kapital aus der aktuellen Situation zu schlagen.

Das Ergebnis der Europawahlen kann auch als persönlicher Erfolg für Nicolas Sarkozy gewertet werden, der sich während der französischen EU-Präsidentschaft sehr engagiert gezeigt hatte. Somit kann die UMP gut gewappnet in die bevorstehenden Regionalwahlen 2010 und voraussichtlich auch in die Präsidentschaftswahl 2012 gehen.

Die PS steht wiederum vor der Herausforderung, ihre politische Strategie und ihre thematischen Schwerpunkte zu überdenken und neu zu definieren, wenn sie in Zukunft Wahldebakel vermeiden, ihre Führungsrolle im linken Lager behalten und überhaupt noch eine entscheidende Rolle in der Politik ausüben möchte.

Dass die Linke viel zersplitterter zu den Wahlen antrat als die Rechte, erklärt auch zum Teil das Wahlergebnis der Sozialisten. Während die UMP im bürgerlichen Lager keine Konkurrenz zu befürchten hatte, da sie gemeinsame Listen mit ihrer Schwesterpartei Nouveau Centre (NC) aufstellte, musste die PS gegen andere bedeutende Parteien im linken und zentristischen Lager antreten: die zentristische Partei von François Bayrou, MoDem und das grüne Wahlbündnis mit ihrem Spitzenkandidaten Daniel Cohn-Bendit, Europe Ecologie. Außerdem konnten die Wahllisten, die sich links der PS positionieren, wie Front de gauche, Lutte ouvrière (LO) oder Nouveau parti anticapitaliste (NPA), rund 12 % insgesamt mehr Stimmen auf sich vereinen als noch vor fünf Jahren (ca. 9%). Im Vergleich dazu stand die UMP nur mit den europafeindlichen Parteien FN und Libertas im Wettbewerb, die zusammen 11,3% der Stimmen erhielten.

Als größte Überraschung dieser Europawahl in Frankreich gilt das Ergebnis der Grünen, die noch nie zuvor eine derart hohe Zustimmung innerhalb der Wählerschaft erreicht hatten und nun hoffen, auch in der französischen Innenpolitik eine entscheidende Rolle spielen zu können.

Da die Zentristen des MoDem derart wenig Stimmen auf sich vereinen konnten, wird es für François Bayrou schwierig werden, ohne Allianzen einen ernst zu nehmenden Gegenpol zu den großen Parteien PS und UMP darzustellen. Diese Situation könnte ihn dazu zwingen, eindeutig für das rechte oder linke Lager Stellung zu beziehen.

Ferner zeigen die Europawahlen, dass die Rechtsextremisten in Frankreich keine bedeutende Rolle mehr spielen.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon
+33- 1 56 69 15 00
Telefax
+33- 1 59 69 15 01
Mail
kas@kas-paris.fr
Internet
www.kas-paris.fr

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
CÉLINE CARO
KATHRIN JEHLE

Wahlprogrammen - Überblick⁴**8. Juni 2009**UMP:

Während ihres Wahlkampfes – mit dem Slogan „Europa kann das, wenn es will“ – betonte die UMP die Notwendigkeit eines starken Europa, das die Bürger u.a. vor der Globalisierung, der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der illegalen Einwanderung und dem Klimawandel schützen müsse. Sie setzte sich ebenfalls für die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon durch alle EU-Mitgliedstaaten ein, um die europäischen Institutionen handlungsfähiger zu gestalten und die Menschenrechtscharta für rechtsverbindlich zu erklären.

In ihrem Programm forderte die UMP insbesondere eine verstärkte Kontrolle des internationalen Finanzsystems im Rahmen der G20, um gegen Steueroasen, Hedge-Fonds und zu hohe Managergehälter vorgehen zu können. Darüber hinaus sollen nach ihrer Einschätzung die nationalen Konjunkturprogramme sowie die Haushalts- und Steuerpolitik der jeweiligen EU-Länder einer stärkeren gemeinsamen Koordination unterliegen.

Zur Bekämpfung des Klimawandels steht sie für die Einführung einer CO₂-Steuer auf Produkte aus dem EU-Ausland, die europäischen Kriterien nicht entsprechen, sowie für eine gemeinsame Energiepolitik durch die Schaffung einer zentralen Agentur für Gaseinkäufe in Europa. Außenpolitisch sollen, z.B. mit Russland und der Türkei, Partnerschaftsabkommen auf wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Ebene erarbeitet werden.

PS:

Im Wahlprogramm der PS lautet die größte Herausforderung die Rückkehr der Politik in die Bereiche Wirtschaft und Ökologie. Im Mittelpunkt steht dabei die Festschreibung gemeinsamer europäischer Ziele im Bereich der Sozialpolitik, die von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Gefordert wird beispielsweise die Einführung eines europäischen Mindestlohns sowie der Erhalt des öffentlichen Dienstes als Garant des europäischen Sozialmodells.

Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise sollen nach ihrer Meinung die nationalen Konjunkturpläne aufeinander abgestimmt werden und mit Geldern der EU angereichert werden, um langfristige Beschäftigung zu garantieren, was insbesondere eine engere Zusammenarbeit der Länder der Eurozone bedeutet. Ferner fordert die PS – wie das Wahlprogramm der UMP – eine verbesserte Finanzmarktmarktaufsicht und Regulierung der Hedge-Fonds und Rating-Agenturen. Zudem solle die Steuerpolitik der Mitgliedsstaaten harmonisiert werden, um Steueroasen auszutrocknen. Der PS unterstützt darüber hinaus ein europäisches Kreditprogramm für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung, die anstelle von nationalen Geldern vermehrt aus eigenen Einnahmequellen der EU finanziert werden sollen. Weitere wichtige Anliegen der Partei sind der Klimaschutz und eine gemeinsame Energieaußenpolitik.

Am Anfang des Wahlkampfes hatte die sozialistische Partei alles daran gesetzt, mit dem Slogan „Stop Barroso, Stop Sarkozy“ die Politik des „liberalen Europa“ und die Reformen

⁴ Quellen: Webseiten der jeweiligen Parteien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

JÖRG WOLFF
CÉLINE CARO
KATHRIN JEHLE

8. Juni 2009

des französischen Präsidenten anzuprangern. In den letzten Wochen war jedoch zu beobachten, dass die Parteiführung diesen Ansatz abmilderte, um sich stärker auf das Credo „Der Mensch im Mittelpunkt“ („Citoyens d’abord“) und die Vorschläge ihres Wahlmanifests zu konzentrieren, das in Zusammenarbeit mit den anderen sozialdemokratischen Parteien Europas erarbeitet wurde. So wurde in der Rhetorik der PS für die Europawahlen der Begriff des *vote sanction* (in etwa: Stimme zur Abstrafung der Regierung) durch die Begriffe *vote utile* (nützliche Stimme) und *vote efficace* (effiziente Stimme) ersetzt.

Die PS versuchte damit auch, sich von der zentristischen Partei MoDem abzusetzen, welcher von Presse und Parteien unterstellt wurde, im Wahlkampf anstelle von politischen Lösungsansätzen nur Kritik an der französischen Regierung zu äußern. Im Gegensatz zum „Opponenten Nr. 1“, François Bayrou, wollte die PS deshalb Vorschläge erbringen und sich nicht nur auf Kritik beschränken.

Europe Ecologie:

Für Europe Ecologie liegen die größten Herausforderungen der EU in den sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die eine verstärkte Kooperation der Mitgliedsstaaten erfordern. Um in diesem Zusammenhang den Abbau von Arbeitsplätzen und Standortverlagerungen zu verhindern, wären eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialregierung sowie Reformen für eine nachhaltige und umweltfreundliche Politik unabdingbar.

Vor dem Hintergrund einer Spaltung der grünen Wählerschaft in Europaanhänger und -gegner, wie es anlässlich des Referendums von 2005 zu beobachten war, schlug Europe Ecologie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vor, die durch einen Volksentscheid in ganz Europa mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden soll. Des Weiteren forderte sie die Wahrung der Menschenrechte sowie das Verbot gentechnisch veränderter Lebensmittel.

Mouvement démocrate (MoDem)

Inhaltlich forderte das MoDem ein stärkeres ökologisches Engagement der EU und höhere Forschungsausgaben sowie ein gemeinsames Vorgehen angesichts internationaler Krisen, insbesondere in den Ländern der Euro-Zone. Zudem soll die EU, bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, Anleihen in der Höhe von 3 % des BIP für europäische Unternehmen ausgeben. Des Weiteren setzt sich das MoDem für den Erhalt der gemeinsamen EU-Agrarpolitik sowie für die Wahrung der nationalen Identität in Europa ein.

Wie die UMP und im Gegensatz zum linken politischen Spektrum fordert das MoDem zudem eine „privilegierte Partnerschaft von hohem Rang [...] mit der Türkei, die auf eine konföderale Anbindung hinauslaufen könnte“. Die Strategie Bayrous während des Wahlkampfes beruhte aber vor allem auf scharfer Kritik der Regierung und am Präsidenten, wie z.B. an dessen Georgienpolitik unter französischer Ratspräsidentschaft und der vollständigen Rückkehr Frankreichs in die Nato.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon
+33- 1 56 69 15 00
Telefax
+33- 1 59 69 15 01
Mail
kas@kas-paris.fr
Internet
www.kas-paris.fr